

John Crabtree

## Autoritarismus in Peru: Das Fujimori-Regime

### 1. Über „hybride“ Demokratien in Süd- und Mittelamerika

In den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurde der wechselseitige Prozeß von ökonomischer Liberalisierung und Festigung der demokratischen Institutionen als einer der auffälligsten Charakterzüge in der Entwicklung Lateinamerikas angesehen. Aber die Erfahrung vieler Länder dieser Region zeigt, daß eine derartige Wechselbeziehung nicht verallgemeinert werden kann. In einigen Fällen, wie z.B. Chile, wurde die Liberalisierung der Wirtschaft unter einem militärischem Regime durchgeführt. In anderen Länder finden wir zwar Elemente der Demokratie, jedoch sind sie durch autoritäre Charakteristika stark geprägt. Dies sind die sogenannten „hybriden Regime“, die sowohl demokratische als auch anti-demokratische Merkmale aufweisen. Die Festigkeit und fortgesetzte Dauer solch anti-demokratischer Züge fordern natürlich die Grundannahmen der Transformationsliteratur heraus. Der Ausblick auf die *new democracies* fällt aus dieser Perspektive gewiß weniger optimistisch aus. Sicherlich ist es richtig, daß die meisten dieser Regime eine Art von Koexistenz zwischen demokratischen und anti-demokratischen Elementen darstellen. Doch können in dieser Mischung die autoritären Charakterzüge ein solches Gewicht gewinnen, daß sie den Anspruch dieser Regime, demokratisch zu sein, ernsthaft in Frage stellen. Natürlich kann man auch dahingehend argumentieren, diese anti-demokratischen Charakteristika seien wichtig für die politische Stabilität in Zeiten großer struktureller Umbrüche.

In jüngster Zeit wurde vielfach der Begriff des Neo-Populismus genutzt, um jene Regime zu beschreiben, deren Autoritarismus mit der Suche nach einer Legitimation durch breite Bevölkerungsschichten und auch mittels gültiger Wahlen verknüpft ist. Hier soll nicht von den autoritären Regimen gesprochen werden, die in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts Militärdiktaturen in Süd- und Mittelamerika den Weg bahnten; sondern es geht um solche Regime, die eine breite öffentliche Unterstützung selbst generieren und dauerhaft sichern müssen, um ihre Macht zu erhalten. Dies erfolgt meist an den traditionellen politischen Akteuren des Landes vorbei. Sicherlich beinhaltet das Konzept des Neopopulismus, wie auch schon das des Populismus, eine ganze Reihe von Definitionsproblemen. Jedoch scheint es klar zu sein, daß hier ein Regimetyt entstanden ist, der einerseits zwischen den verschie-

denen Varianten autoritärer Regime liegt und der andererseits so viele Gemeinsamkeiten hat, daß der Begriff an sich einen erklärenden Wert hat.<sup>1</sup> Gewiß gibt es zwischen den verschiedenen Regimen in Süd- und Mittelamerika, die man als neopopulistisch definieren kann, große Unterschiede. Die Regime von Fernando Collor in Brasilien, Carlos Menem in Argentinien, Hugo Chávez in Venezuela und jenes von Alberto Fujimori in Peru differieren ganz eindeutig hinsichtlich ihrer sozialen Basis, ihrer Ideologie und auch ihrer Politik. Aber man kann auch gemeinsame Merkmale finden. Sie tendieren alle dazu, personalistische Regime zu sein, die oftmals von charismatischen Herrschern geführt werden. Diese entstammen in der Regel nicht der traditionellen Elite und versuchen, Unterstützung von jenen Bevölkerungsschichten zu erhalten, die am Rande des traditionellen Parteiensystems stehen, indem gerade ihnen ein politischer Wechsel versprochen wird. Zu den Gemeinsamkeiten dieses Regimetyps gehört auch, daß sie die politische Macht stark konzentrieren und die repräsentativen Institutionen umgehen, indem sie eine „direkte Beziehung“ zwischen Führer und Massen anbieten. Fujimoris Herrschaft in Peru ist wahrscheinlich das extremste Beispiel für solch einen Typ, wobei sie der einzige Fall ist, in dem die Regierung „gezwungen“ war, die Gesetze eher zu brechen als sie zu verbiegen.<sup>2</sup> Um dies zu verstehen, ist es sicherlich hilfreich, einige politische Trends zu veranschaulichen, die wir als „neuen Autoritarismus“ in Süd- und Mittelamerika bezeichnen. Die Krise, in der sich das Fujimori-Regime im Jahre 2000 befand, legt nahe, daß diese Elemente des Autoritarismus in mehrfacher Hinsicht möglicherweise die Keime ihrer eigenen Zerstörung in sich tragen.

Dieser Artikel beginnt mit der spezifischen Situation Perus im lateinamerikanischen Kontext, um dann wichtige Elemente des autoritären Systems in den 90er Jahren zu diskutieren. Zum Schluß wird im Hinblick auf Fujimoris Rücktrittsankündigung vom September 2000<sup>3</sup> nach den Begrenzungen solcher autoritären Projekte gefragt. Oftmals täuscht die vermeintliche Unbesiegbarkeit dieser Regime, und manche ihrer offenbaren Stärken trägt den Keim des Scheiterns bereits in sich.

<sup>1</sup> Für eine Diskussion des Neopopulismus in lateinamerikanischen Länder siehe die spezielle Ausgabe des *Bulletin of Latin American Research*, Nr. 2 vom April 2000. Weitere Informationen dazu liefert der Aufsatz von Alan Knight: *Populism and Neo-populism in Latin America, especially Mexico*, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 30, Nr. 2, S. 223-48.

<sup>2</sup> In jüngerer Zeit erschienen folgende Bücher über Peru: Philip Mauceri, *State under Siege: Development and Policy Making in Peru*, Westview Press, Boulder Co, 1996; Max Cameron/ Philip Mauceri (Hrsg.), *The Peruvian Labyrinth: Polity, Society, Economy*, Penn State Press, University Park PA, 1997; John Crabtree/ Jim Thomas (Hrsg.), *Fujimori's Peru: The Political Economy*, ILAS, London, 1998.

<sup>3</sup> Am 16. September 2000 verkündete Präsident Fujimori, er werde sein Mandat niederlegen und Neuwahlen durchführen. Diese Ankündigung erfolgte sechs Wochen, nachdem er seine dritte Amtsperiode angetreten hatte. Diese Wahl wurde mehrheitlich als manipuliert angesehen.

## 2. Perus Charakteristika

Bevor wir die Merkmale des Autoritarismus unter Fujimori diskutieren, ist es wichtig, jene Charakteristika zu bestimmen, die Peru im regionalen Kontext auszeichnen. Dabei sind vor allem zwei Aspekte zu nennen: Erstens die fehlende demokratische Tradition und die damit eng verbundene außerordentlich geringe politische Beteiligung der großen Masse der Bevölkerung, und zweitens der Charakter der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krisen in den späten 80er Jahren, die letztlich mit zum Aufstieg des *Fujimorismo* führten.

Obwohl demokratische Traditionen und die Partizipation der Bevölkerung in den anderen Staaten der Region auch nicht besonders ausgeprägt sind, waren diese Defizite in Peru außerordentlich stark. Das galt besonders für die Schwäche der demokratischen Institutionen und die Gewährleistung von Bürgerrechten für breite Bevölkerungsschichten.<sup>4</sup> Dagegen war in anderen Ländern der Großteil der Bevölkerung durch revolutionäre Umstürze (Mexiko, Bolivien und Kuba), durch eine *top-down*-Mobilisierung (Brasilien und Argentinien) oder stufenweise und mit institutionalisierten Schritten (Chile) in das politische System einbezogen worden. Dies fand in Peru nicht statt. Bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts blieb die peruanische Bevölkerung weitgehend am Rande des politischen Geschehens bzw. wurde direkt davon ausgeschlossen. Diese Situation spiegelt die starken sozialen und ethnischen Ungleichheiten wider, die seit langem für Peru typisch sind. Die peruanische Oligarchie des späten 19. Jahrhunderts gab autoritären und militärischen Regierungen den Vorzug. Unterbrochen nur von einigen kurzen Perioden, in denen die Macht verfassungsmäßig legitimiert war. Dies bedeutete aber nicht, daß solche Regime die Interessen der Bevölkerung völlig ignorierten. So versuchte das Odría-Regime in den 50er Jahren seine Macht zu legitimieren, indem es gerade Teile der Arbeiterschaft ansprach. Aber erst in den 70er Jahren begannen die peruanischen Militärs durch eine Agrarreform sowie weitere Reformen ein politisches Projekt, das ganz bewußt die nationale Integration breiter Schichten der Bevölkerung in das politische System Perus förderte. Das geschah in einem ausgeprägten korporatistischen Rahmen; das Instrument für diese kontrollierte Mobilisierung von oben war das „System der nationalen Mobilisierung“ (*Sistema Nacional de Movilización Social*, SINAMOS).<sup>5</sup>

Mit Recht kann man behaupten, daß ein wichtiger Grund für das Scheitern der Integration der Masse der Bevölkerung in das politische System Perus bei den politischen Parteien lag. Hier sei besonders die „Amerikanische Revolutionäre Volks-

---

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Schriften des bekannten peruanischen Sozialwissenschaftlers Julio Cotler, besonders sein Werk: Peru 1964-1994, Economía, Sociedad y Política (1995) und seinen „Klassiker“: Clases, Estado y Nación (1978).

<sup>5</sup> Abraham Lowenthal, The Peruvian Experiment: Continuity and Change under Military Rule, Princeton University Press, Princeton 1975.

allianz“ (*Alianza Popular Revolucionaria Americana*, APRA) unter ihrem Führer Haya de la Torre erwähnt, die es in den 30er Jahren nicht schaffte, die politische Macht zu gewinnen, um soziale und wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Die Politik der APRA führte faktisch dazu, daß sowohl die peruanische Oligarchie als auch das Militär sich jeglichen Reformen widersetzen, gleich mit welchen Mitteln. Damit wurde die Herausbildung eines inklusiven Parteiensystem in Peru verzögert. Seit den 30er Jahren ist die APRA zwar Perus größte Volkspartei, praktisch war sie aber von jeglicher Teilnahme am politischen Geschäft ausgeschlossen.<sup>6</sup> Andere Parteien standen nicht bereit, um diese Lücke zu füllen. Die 1928 gegründete Kommunistische Partei (PCP) blieb eine relativ kleine Gruppe, die nur einen Teil der städtischen Arbeiterklasse hinter sich wußte, darüber hinaus aber keinen politischen Einfluß hatte. Die Volksaktion (*Acción Popular*, AP), eine Reformpartei der 50er Jahre, stellte zwar eine Alternative dar und ihr Wahlsieg im Jahre 1963 ebnete den Weg für ein stärker inklusives Parteiensystem. Doch dieser Prozeß wurde durch den Militärputsch von 1968 unterbrochen, der den amtierenden Präsidenten Fernando Belaunde stürzte und das generelle politische Aus für die Parteien in den folgenden 12 Jahren bedeutete.

Erst nach dem Ende der Militärregierung im Jahre 1980, als Belaunde mit seiner *Acción Popular* wieder in die Politik zurückkehrte, kann man erneut von einer Entwicklung eines politischen Parteiensystem sprechen, das die verschiedenen Interessen der Bevölkerung vertritt. Die 1979 entstandene Verfassung ebnete den Weg für die ersten allgemeinen und gleichen Wahlen überhaupt. Das weite Spektrum politischer und ideologischer Positionen, das nach 1980 durch die Parteien vertreten wurde, hatte zu Folge, daß sich die verschiedenen sozialen Interessen erstmals artikulieren konnten. Der danach folgende Sieg der APRA im Jahr 1985 bedeutete sogleich auch einen Sieg für die Politik der Inklusion, weil damit das Veto des Militärs gegen diese Partei ein für allemal beseitigt wurde. Die 80er Jahre brachten somit einen tatsächlichen Bruch mit den traditionellen politischen Formen des Landes. Doch schon zum Ende dieser Dekade wurde geradezu schmerzhaft deutlich, daß das neue Parteiensystem nicht fähig war, sowohl Regierungsaufgaben wahrzunehmen als auch weiterhin soziale Interessen zu vertreten. Besonders in Krisenzeiten war dieser Mangel zu spüren.<sup>7</sup> Dies zeigte sich dann auch Ende der 80er Jahre, als die sich langsam entwickelnden demokratischen Institutionen in besonderer Weise gefordert wurden.

---

<sup>6</sup> Natürlich war dies auch die Folge langer Phasen der Unterdrückung und der Arbeit im Untergrund. Hinzu kommt, daß die inneren Strukturen der APRA alles andere als demokratisch waren. Die Führung der Partei praktizierte ebenfalls einen autoritären Stil.

<sup>7</sup> Gleichermaßen langsam entwickelten sich auch die formalen repräsentativen Institutionen. Der Kongreß litt zugleich unter den Folgen seiner faktischen Schließung unter der früheren Militärregierung. Unter konstitutionellen Regierungen nahm der Kongreß - in Abhängigkeit davon, ob die regierende Partei die Mehrheit hat - entweder eine harte, unnachgiebige Haltung gegenüber der Exekutive ein (dies führte zu dem Staatsstreich 1968), oder er war völlig geschmeidig und zahm gegenüber der Regierung.

Zu dieser Zeit sah sich Peru zwei Krisen ausgesetzt. Auf der einen Seite hatte wirtschaftliches Mißmanagement zu einer Hyperinflation und zu einer starken Rezession geführt. Andererseits verwandelte sich die ursprünglich maoistische Revolte der frühen 80er Jahre im entfernten Ayacucho in einen ausgewachsenen Bürgerkrieg gegen den Staat, den dieser zu verlieren schien. Sicherlich litten auch andere Länder der Region unter einer Hyperinflation, und wieder andere waren einer Guerilla ausgesetzt. Jedoch kein Land - vielleicht Nicaragua ausgenommen - stand wie Peru diesen beiden Herausforderungen zur gleichen Zeit in diesem Maße gegenüber. Beide Entwicklungen waren miteinander verbunden, beeinflussten sich gegenseitig und verursachten so eine psychologische Instabilität in allen Teilen der Bevölkerung. Das hatte zur Folge, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Effektivität der Institutionen und auch der politischen Klasse schwand. Dies untergrub auch die organisatorische Basis der unterschiedlichen Gruppen, besonders jener im linken Spektrum der Parteienlandschaft, die sich gegen die weitere Liberalisierung der Wirtschaft aussprachen. Somit scheiterte das demokratische Intermezzo der 80er Jahre, das auf einer verfassungsmäßigen Regierung beruhte, recht spektakulär. Es war nicht gelungen, jene Hoffnungen in der Bevölkerung zu erfüllen, die diese Regierung anfangs selbst geweckt hatte. Zugleich wurde nun der Wunsch nach „harten Maßnahmen“ laut, um das Abgleiten in einen Kollaps zu verhindern. Meinungsumfragen aus den späten 80er und den frühen 90er Jahren zeigten die starke Ablehnung in der Bevölkerung gegenüber politischen Führern und Parteien und die klare Präferenz für autoritäre Regierungsformen.<sup>8</sup> Die politischen Parteien, allen voran die APRA, scheiterten nicht nur bei der Lösung der sozialen Probleme, sondern sie wurden weithin als korrupt und als Selbstbedienungsläden wahrgenommen. Die Erwartungen, die 1985 durch Alan García geweckt worden waren, und die Weise, wie sie sich wieder in Luft aufgelöst hatten<sup>9</sup>, verstärkten dieses Gefühl der Ablehnung zusätzlich. Die Verbindungen zwischen den Parteiführern und ihren Anhängern erwiesen sich als viel brüchiger, als man immer angenommen hatte. Genau in dieser Phase des politischen Zusammenbruchs, als einfach alles besser schien als das Bisherige, betrat Alberto Fujimori die politische Bühne Perus.

### 3. Elemente des Autoritarismus

Nachdem Fujimori 1990 zunächst als krasser Außenseiter zum ersten Mal zum rechtmäßigen Präsidenten Perus gewählt worden war, wurde seine Herrschaft zu einer der längsten Regierungsperioden Lateinamerikas am Ende des 20. Jahrhunderts. Er

<sup>8</sup> Diese Umfrage wurde von der Agentur Imasen 1991 durchgeführt. Es wurden z.B. Familien in den Slums von Lima befragt, welchen Präsidenten der letzten 50 Jahre sie am meisten bewundern. Die meisten Stimmen erhielten Velasco und Odría, beide führten ein Militärregime.

<sup>9</sup> John Crabtree, Peru under Alan García: An Opportunity Lost, Macmillan, Basingstoke, 1972.

überstand erfolgreich die Hyperinflation, besiegte die Terrororganisation *Sendero Luminoso* und begann mit einer radikalen Liberalisierung der Wirtschaft. Nach seinem „Selbstputsch“ (*autogolpe*) im Jahre 1992 änderte er 1993 die Verfassung, wodurch es ihm möglich war, bei den Präsidentschaftswahlen 1995 erneut zu kandidieren. Diese Wahl gewann Fujimori mit 64% der Stimmen. Nicht zufrieden mit der einen Wiederwahl, kandidierte Fujimori im Jahre 2000 erneut für eine fünfjährige Präsidentschaft, obwohl die Verfassungsmäßigkeit dieses Schrittes stark angezweifelt wurde. Auch wenn Fujimori dem vorgeschriebenen Wahlkalender folgte und der Opposition einen bestimmten Freiraum gestattete, war doch sein Regime grundsätzlich autoritär. Dies soll anhand der wichtigsten Elemente im nächsten Abschnitt näher dargestellt werden.

### *Die Verbindung zwischen Militär und ziviler Macht*

Vom ersten Tag an pflegte die Regierung Fujimori engen Kontakt zu den bewaffneten Kräften. Im Gegensatz zu anderen Ländern Lateinamerikas, zum Beispiel Argentinien, hing die Entwicklung zur Demokratie Ende der 70er Jahre nicht mit einer Niederlage des Militärs zusammen. Dieses war sogar fähig, Bedingungen für seine Rückkehr in die Kasernen zu stellen, und sicherte sich so seine Autonomie, auch bei den Finanzen. Entsprechend blieb während der gesamten Regierungszeit von Fernando Belaúnde in den frühen 80er Jahren die Armee eine mächtige Kraft hinter der politischen Bühne. Mit dem zunehmenden Anti-Guerilla-Kampf gegen den *Sendero Luminoso* („Leuchtender Pfad“) in den 80er Jahren gelangte das Militär sogar wieder in Schlüsselpositionen der Politik. Obwohl Alan García anfangs eine größere Unabhängigkeit vom Militär anstrebte, war er angesichts des Scheiterns gegenüber dem *Sendero* de facto an das Militär gebunden. Als dann 1990 Fujimori die Geschäfte übernahm, eröffnete dieser dem Militär im Zusammenhang mit einem verstärkten Kampf gegen den *Sendero* neue politische Möglichkeiten. Bereits 1988 erschien ein Dokument, bekannt als „Grünbuch“, in dem das Militär einschätzte, daß man noch zehn, vielleicht auch fünfzehn Jahre einer starken Regierung bedürfe, um den *Sendero* zu schlagen und um die Wirtschaft des Landes entsprechend den Bedingungen der internationalen Finanzgemeinschaft zu liberalisieren.<sup>10</sup>

Präsident Fujimori selbst besaß keine organisierte politische Basis. Er hatte keine eigene Partei hinter sich und er versuchte zugleich, nicht in die Abhängigkeit anderer Parteien zu geraten. Im Chaos jener Zeit gab es nur wenige andere Institutionen, die noch funktionierten. In diesem Kontext war seine Verbindung mit dem Militär eine „Zweckehe“, um seine Herrschaft zu untermauern. Auf der einen Seite gab Fujimori dem Militär alle Freiheiten im Kampf gegen den *Sendero* und andere kleinere Guerillagruppen. Ging dies mit Verletzungen von Menschenrechten einher, stand das Militär stets unter Fujimoris schützender Hand. Auf der anderen Seite

<sup>10</sup> Auszüge dieses Dokuments wurden in der peruanischen Zeitschrift *Oiga* vom 12. Juli 1993 veröffentlicht.

unterstützte wiederum das Militär Fujimoris Versuch, seine politischen Gegner zu schwächen, und erlaubte ihm auch, nach dem *Autogolpe* von 1992 an der Macht zu bleiben. Innerhalb der Armee veränderte Fujimori die Beförderungsregeln dahingehend, daß es einer kleinen Zahl von Generalen möglich war, lange Jahre in dieser Institution Macht auszuüben.<sup>11</sup>

In dieser Beziehung zum Militär wurde Fujimoris Berater Vladimiro Montesinos eine entscheidende Figur.<sup>12</sup> Montesinos, ein in Unehren entlassener Hauptmann der Armee, wurde der eigentliche Kopf des erneuerten Geheimdienstes, des Nationalen Nachrichtendienstes SIN. In dieser Funktion spielte er eine wichtige Rolle bei der Zerschlagung des *Sendero*, die 1992 in der Gefangennahme des Sendero-Führers Abimael Guzman gipfelte. Montesinos konzentrierte die drei Nachrichtendienste der Armee und vergrößerte somit die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung. Obwohl er nur selten in der Öffentlichkeit auftrat, bekam Montesinos - durch Sammeln von Informationen über politische Feinde und Freunde - mehr und mehr Macht. Diese wurde 1999 sichtbar, als er nach und nach alle Schlüsselpositionen in der Armee mit Offizieren besetzte, die sein persönliches Vertrauen genossen. Es war dann auch dem militärischen Rückhalt und der Unterstützung des SIN zu verdanken, daß Fujimoris dritte Kandidatur im Jahr 2000 möglich wurde.

Ein wichtiges Konfliktfeld entstand in diesem hybriden System zwischen dem Militär und jenen, die die Verletzung von Menschenrechten, besonderes im Umkreis von Lima, kritisierten. Fälle wie La Cantuta oder die Morde in Barrios Altos, in die Militärs auf höchster Ebene verwickelt waren, führten zu größeren politischen Skandalen, die nur schwer unter der Decke des Stillschweigens zu halten waren. Obwohl das Militär selbst daran arbeitete, sich zu schützen, führten die Enthüllungen der Medien zu scharfen öffentlichen Anschuldigungen. Die Kritik im Fernsehen hatte heftige Reaktionen zur Folge.<sup>13</sup> Obwohl es dem Militär gewöhnlich gelang, juristischen Anklagen auszuweichen, war es der Regierung nicht möglich, die Proteste nationaler Menschenrechtsorganisationen, die stark vom Ausland unterstützt wurden, zu unterdrücken.

---

<sup>11</sup> Der Kommandeur der Streitkräfte von 1991, General Nicolas Hermoza Rios, blieb noch bis 1999 auf diesem Posten.

<sup>12</sup> Die beste Beschreibung, wie Montesinos für Fujimori immer unentbehrlicher wurde, findet man bei Sally Bowen, *The Fujimori File: Peru and its President 1990-2000*, Peru Monitor, Lima, 2000.

<sup>13</sup> Markantestes Beispiel dafür war der Fall des Unternehmers Baruch Ivcher, Besitzer des Fernsehsenders Frecuencia Latina (Kanal 2). Ivcher sendete Material, das Montesinos und das Militär der schweren Menschenrechtsverletzung belastete. Daraufhin wurde Ivcher offiziell seiner peruanischen Staatsbürgerschaft beraubt. Somit wurde es für ihn unmöglich, nach peruanischem Gesetz weiterhin einen TV-Sender zu besitzen. Dieser Fall kam vor den inter-amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte.

*Die Konzentration politischer Macht*

Das Übergewicht der politischen Exekutive gegenüber der Legislative und der Judikative hat in Peru eine lange Tradition. Die jahrhundertalte Vorherrschaft von Lima über die anderen Städte brachte im 19. Jahrhundert auch die starke Zentralisierung der Macht mit sich. Trotz konstitutionell vorgegebener Gewaltenteilung dominierte stets die Exekutive. Die langen Phasen von nicht verfassungsmäßig gewählten Regierungen verstärkten diese Tendenz. Trotz der offiziellen Rhetorik über eine notwendige Dezentralisierung und regional ausgeglichene Politik führte die praktische Politik des Militärregimes von 1968 bis 1980 zu einer noch größeren wirtschaftlichen und politischen Zentralisation. Diese Vormachtstellung der Exekutive änderte sich auch nach 1980 nicht, als man zu einer konstitutionellen Regierung zurückkehrte. Im Gegenteil! Nach 1985 wurde diese Zentralisation durch Alan García sogar noch stärker betont.

Auch wenn die Konzentration von politischer Macht in Peru nichts Neues ist, eröffnete Fujimori in diesem Prozeß jedoch ein neues Kapitel. Wer innerhalb der Regierung das Sagen hatte, zeigte er sehr schnell, indem er das Kabinett zu einer Versammlung von Sekretären degradierte.<sup>14</sup> Er setzte Befehlslinien in der Regierung durch, die das Entstehen politischer Rivalen unmöglich machten. Jene Kabinettsmitglieder, denen man eigene Ambitionen nachsagte, wurde schnell fallen gelassen. Technische Kompetenz und Loyalität waren die Kriterien, die bei der Auswahl und Beförderung allein zählten. Es gab nicht einen Versuch von Fujimori, bekannte Persönlichkeiten des Landes einzubinden. Sein Präsidentenamt sah er mehr als eine Art Geschäftsführerposten eines privaten Unternehmens.

Die Kontrolle über den Kongreß wurde ein wichtiges Element in dieser hybriden Demokratie. Angesichts der Tatsache, daß Fujimori zu Beginn seiner Amtszeit keine parlamentarische Mehrheit besaß, wurde ihm sehr schnell bewußt, welches Potential das Parlament besaß, um seine Präsidentschaft zu begrenzen. Frustriert von den Einengungen durch das Parlament, kam es dann im Jahr 1992 zum Selbstputsch des Präsidenten, dem *Autogolpe*. Dieser bedeutete die Auflösung des Kongresses und dessen Neuwahl, die nun - wie zu erwarten - unter veränderten Regeln stattfinden hatte. Fujimori machte schnell Gebrauch von der geringen Popularität der Parteien, um ein neues politisches System zu formen. Im neuem Kongreß, der nun auf eine Kammer reduziert wurde, waren die *Fujimoristas*, die Fujimori-Anhänger, in der Überzahl. Die Verfassung von 1993 verringerte dann die Macht der Legislative, von Ministern und höheren Offizieren Rechenschaft zu fordern.<sup>15</sup> Weiterhin schaffte Fujimori das verfassungsrechtliche Verbot der sofortigen Wiederwahl ab, womit er dann seine erneute Kandidatur im Jahr 1995 begründen konnte. Wiedergewählt und mit einer großen Mehrheit im Kongreß ausgestattet, konnte Fujimori nun

---

<sup>14</sup> Dies war zumindest die Auffassung von Carlos Amat, dem peruanischen Landwirtschaftsminister zu Beginn der 90er Jahre.

<sup>15</sup> Domingo Garcia Belaunde/Pedro Planas, *La constitución traicionada*, Segusa, Lima 1993.

alle möglichen Gesetze verabschieden, die er benötigte, selbst wenn es sich um stark umstrittene Themen handelte. Als Präsident Fujimori Ende der 90er Jahre seine erneute (dritte) Wahl in Angriff nahm, war es dieser Kongreß, der die noch vorhandenen legalen Hürden beseitigte. So wurden drei Mitglieder des Verfassungsgerichtes vom Kongreß 1997 abgesetzt, die gegen diese erneute Kandidatur votiert hatten. Stellte die Opposition im Kongreß einen Antrag für einen Volksentscheid zu eben diesem Thema, wurde dieser vom Kongreß mit großer Mehrheit niedergestimmt.

Ebenso wichtig war die Kontrolle über die Judikative. Insbesondere ging es darum, juristische Zweifel an politischen bzw. administrativen Entscheidungen aus dem Weg zu räumen. Einer der Vorwände für den *Autogolpe* von 1992 war gerade der Ruf nach einer „gründlichen Reform der Justiz“, die bis dahin von der Bevölkerung als ineffizient und korrupt wahrgenommen wurde. Doch diese Reform brachte den Richtern keine größere Autonomie, eher das Gegenteil.<sup>16</sup> Provisorische Richter wurden berufen, um „korrupte“ Richter abzulösen, womit der Einfluß der Regierung in richterliche Angelegenheiten nur noch verstärkt wurde. Justiz und Staatsanwaltschaft wurden durch Kommissionen, die die Regierung eingesetzt hatte, neu organisiert, was schließlich zu einer Herabsetzung des Obersten Gerichts und des Generalstaatsanwaltes (*Fiscal de la Nación*) führte. Diese Veränderungen hatten auch außerhalb der Justiz weitreichende Konsequenzen. So erleichterten sie der Exekutive, Einfluß auf die Berufung gewählter Autoritäten auszuüben. Die Verfassung von 1993 bestätigte zugleich Veränderungen in der Beziehung zwischen zivilen und Militärgerichten. Militärgerichte erhielten nun weitreichende Kompetenzen in Bereichen, die eigentlich den normalen Zivilgerichten zustanden. Zwar erhielt man damit ein schlagkräftiges Instrument im Kampf gegen den Terrorismus, aber in zahlreichen Fällen kam es zu Fehlurteilen, was die Autorität der zivilen Gerichte untergrub.

Auch auf der kommunalen Ebene suchte das Fujimori-Regime instinktiv die Zentralisierung, vor allem bei der Kontrolle über die Ressourcen der Kommunen. Eines der großen Probleme der lokalen Verwaltung Perus war - wie in anderen Ländern - die außerordentlich starke Abhängigkeit von der Zentralregierung hinsichtlich finanzieller Ressourcen. In den zwölf Jahren der Militärregierung war kommunale Verwaltung so gut wie abwesend, und obwohl sich die Verfassung von 1979 für mehr Dezentralisierung ausgesprochen hatte, kam es in den 80er Jahren auf lokaler Ebene kaum zu einer eigenständigen Entwicklung. Präsident García führte zwar eine neue regionale Verwaltungsstufe ein, jedoch gab es *de facto* keine Veränderungen, da diese Verwaltungen aufgrund mangelnder Ressourcen so gut wie handlungsunfähig waren. Das Experiment der Regionalisierung wurde nach dem *Autogolpe* von 1992 beendet, indem die 1989 gewählten regionalen Verwaltungen aufgelöst wurden. Soziale Maßnahmen wurden nicht den Gemeinden überlassen, sondern

---

<sup>16</sup> Siehe Javier de Belaunde, Justice, Legality and Judicial Reform, in: John Crabtree/Jim Thomas (Hrsg.) [Anm. 2].

Fujimori sicherte sich eine straffe Kontrolle gerade über diese Finanzen mittels Organisationen, die von der Präsidiatkanzlei kontrolliert wurden. Diese Möglichkeit, die sozialen Ausgaben auf lokaler Basis zu kontrollieren, war für Fujimori ein wichtiges Instrument, um politischen Einfluß auszuüben.<sup>17</sup>

Insgesamt sicherte sich Präsident Fujimori die Kontrolle über die politischen Strukturen des Staates, indem er die Autonomie der einzelnen Teile beschnitt und den Handlungsraum für seine politischen Gegner deutlich begrenzte. Jedoch war solche Kontrolle niemals vollständig und diese Räume waren auch niemals ganz abgeschlossen. Mehr noch, eine solche Konzentration von Macht trägt, wie die weitere Entwicklung zeigt, auch eine große Gefahr für die Macht selbst in sich.

### *Präsidentieller Populismus*

Die Dauer der Regierung Fujimoris kann nicht nur mit seiner militärischen Macht und der außerordentlich starken politischen Kontrolle erklärt werden. Sie ist auch sehr eng mit seiner Fähigkeit verbunden, Unterstützung von der Masse der Bevölkerung zu bekommen. Dies gab ihm die Legitimation seiner Herrschaft und versorgte ihn bei den Wahlen mit überwältigenden Mehrheiten. Nicht zuletzt gründete sich seine Popularität darauf, daß er es verstand, die Stimmung des Volkes in Zeiten wirtschaftlicher, politischer und sozialer Krisen zu interpretieren und zu artikulieren. Er wandte sich an eine Bevölkerung, die vom Mißmanagement der traditionellen Eliten enttäuscht und ermüdet war und die geradezu verzweifelt nach einer effektiven und ehrlichen Regierung Ausschau hielt. Fujimoris Wahlsieg von 1990, ohne große Finanzmittel in der Hinterhand und ohne die Unterstützung einer politischen Partei, zeigte eine noch nie dagewesene Feindschaft der Bevölkerung gegenüber den traditionellen politischen Eliten. Diese Ablehnung gegenüber den politischen Parteien - Fujimori sprach abfällig von *partidocracia*, Parteienherrschaft - nutzte er während seiner ersten zwei Amtsjahre mit großem Erfolg aus. In diesen Kontext gehört auch die Entscheidung 1992, den Kongreß zu schließen. Er hoffte damit, sowohl seine Anhängerschaft zu vergrößern als auch seinen Opponenten einen schweren Schlag versetzen zu können. Seine steigende Popularität in den Umfragen nach der Schließung des Kongresses gab ihm dabei Recht.<sup>18</sup> Durch die Erfolge bei der Bekämpfung der Hyperinflation und der Guerilla, also in jenen Themen, die die politische Klasse so in Mißkredit gebracht hatten, gewann er weitere Sympa-

<sup>17</sup> Perus Experiment unterschied sich in dieser Hinsicht stark von Bolivien, dessen Programm der Volksbeteiligung einen Schritt in Richtung administrativer Dezentralisierung bedeutete.

<sup>18</sup> Öffentliche Meinungsumfragen standen in Mittelpunkt der Aufmerksamkeit sowohl der Regierung als auch der Bevölkerung. Über die Rolle der Meinungsforscher siehe: Catherine Conaghan, Polls, Political Discourse and the Public Sphere, in: Peter Smith (Hrsg.), Latin America in comparative perspective: new approaches to methods and analysis, Westview Press, Boulder, Co. 1995.

thien. In den frühen 90er Jahren konnte Fujimori sein autoritäres Verhalten recht leicht dadurch rechtfertigen, daß er auf die Erfolge verwies, die mit diesem Wechsel eingetreten seien.

Das bedeutete für Fujimori: Um die Macht zu sichern, mußte er seine Popularität aufrechterhalten; dies vor allem unter den ärmsten Schichten, die die übergroße Mehrheit der Wählerschaft in Peru darstellen. Fujimori versuchte nicht, eine eigene strukturierte Partei für sich zu schaffen, sondern er zog kurzfristig gebildete Gruppierungen und Organisationen vor, die allein für die Wahlen gegründet wurden. Seine Strategie war es, gezielt durch soziale Maßnahmen für die Bauern auf dem Lande und für den „informellen Sektor“ in den Städten seine Wählerbasis aufzubauen. Diese Programme, die von den Präsidentschaftskanzlei ausgeführt wurden, zielten zugleich darauf, Unterstützung für die Person des Präsidenten zu bekommen. Aus diesem Grund bemühte sich Fujimori sehr stark um Nähe zum Volk. Er reiste kreuz und quer durch Peru und zeigte, daß er die Sorgen und Nöte des Volkes kenne. Obgleich dies eine altbewährte Methode peruanischer Politik ist, ging Fujimori in seiner Ausdauer und seinem Eifer über alles Bisherige hinaus. Der Wahlsieg von 1995, bei dem er 62% der gültigen Stimmen bekam, bestätigte sein Herangehen.

Diese Art von Populismus gewann in Fujimoris zweiter Amtszeit noch mehr an Bedeutung. Einerseits verblaßten die Erfolge bei der Stabilisierung und der Terrorbekämpfung aus der ersten Amtsperiode allmählich und zweitens traten neue Probleme in den Vordergrund. Fujimori gab seinen Reisen durchs Land weiterhin Vorrang. Zugleich stiegen die Ausgaben der Staatskanzlei immer weiter.<sup>19</sup> Doch in diesen Jahren begann der helle Stern von Fujimori zu erlöschen. Die Popularitätskurve schwankte stark. Aber sogar am tiefsten Punkt der Meinungsumfragen, während der Rezession 1998, blieb er populär, besonders bei den Armen des Landes. Bei seiner dritten Kandidatur im Jahr 2000 ging Fujimori ganz offenbar davon aus, daß er durch soziale Maßnahmen für die ärmeren Schichten des Volkes genügend Wählerstimmen für einen Sieg erhalten würde. Aber trotz allem, seine alte populistische Magie fing an, sich zu verflüchtigen.

#### *Das Absterben der politischer Parteien*

Fujimoris Popularität beruhte besonders auf der tiefen Abneigung gegen repräsentative Institutionen, speziell gegenüber den politischen Parteien. In einem Land wie Peru mit seiner tiefen Kluft zwischen Staat und Gesellschaft hatten es die Parteien schwer, die Vertretung des Volkes und die Teilnahme an den Regierungsgeschäften, also ihre generellen Aufgaben in politischen Systemen, wahrzunehmen. Es war daher nicht sonderlich überraschend, daß die Parteien den beiden Herausforderungen am Ende der 80er Jahre, Hyperinflation und politische Gewalt, geradezu hilflos

---

<sup>19</sup> Katastrophen, wie z.B. die Auswirkungen des Klimaphänomens El Niño im Jahre 1998, gaben Fujimori die Möglichkeit, selbst die Kontrolle über Hilfsoperationen zu übernehmen.

gegenüberstanden. Der Zusammenbruch des Parteiensystems deutete sich schon vor den Wahlen von 1990 an. Die Kommunalwahlen ein Jahr früher waren ein erstes Indiz für den baldigen Kollaps der Parteien. Aber Verlauf und Ergebnis der Wahlen von 1990 waren deshalb wirklich bemerkenswert, weil sie zeigten, daß Fujimori sowohl Ergebnis einer tiefen Parteienkrise als auch einer ihrer Gründe war. Auch in den folgenden Jahren seiner Herrschaft nutzte er die Zersplitterung der großen Parteien im Lande. Im Kongreß von 1990 besetzten die etablierten Parteien und Koalitionen noch die Mehrheit der Sitze. Der *Autogolpe* von 1992 war der Punkt, an dem die Vertretung durch Parteien tatsächlich gebrochen wurde. Diesen Machtverlust der Parteien konnte man bei den Wahlen 1995 sehr deutlich feststellen. Bei dieser Wahl kamen die etablierten Parteien auf insgesamt 6,3% der Stimmen.<sup>20</sup> Politiker aus dem alten Parteiensystem, die politisch überleben wollten, distanzieren sich nun von den Parteien und agieren als Unabhängige (*independientes*).

Das politische System löste sich allmählich auf, es war atomisiert, ohne feste Strukturen. Parteien wie z.B. die APRA und die Parteien vom linken Spektrum, die noch in den 80er Jahren kandidiert hatten, verschwanden nun gänzlich von der politischen Bildfläche. Sogar außerhalb des Parteiensystems lösten sich kollektive Einheiten wie Organisationen und Bewegungen auf. Das hatte natürlich Konsequenzen für die Art und Weise, wie gesellschaftliche Interessen gegenüber dem Staat artikuliert wurden. Klientelistische Strukturen zwischen Regierung und Wählerschaft verbreiteten sich, wobei soziale und wirtschaftliche Geschenke seitens der Regierung die Unterstützung bei Wahlen gewährleisten sollten. Das Ausmaß dieser Abhängigkeit war natürlich von Ort zu Ort unterschiedlich. Oppositionellen Gruppen - damit sind nicht unbedingt politische Parteien gemeint - gelang es in einigen Gebieten mit Erfolg, dem Druck der Regierung zu trotzen und sich eine gewisse Autonomie aufzubauen. Da Fujimori selbst keine Partei hatte, war es für ihn schwierig, bei Regionalwahlen zu siegen. Dies führte auch dazu, daß auf kommunaler Ebene die Opposition nicht so still wie auf der nationalen war. Jedoch war die starke finanzielle Abhängigkeit der lokalen Regierungen von der Zentralregierung letztlich der Grund dafür, daß Fujimoris Gegner auch auf dieser Ebene keinen offenen Konfrontationskurs wagten.

Die Präsidentenwahl im Jahr 2000 war - ebenso wie die Wahlen von 1995 - dadurch geprägt, daß eine Vielzahl von Kandidaten antraten, die jeweils für eigene Gruppierung und weniger für politische Parteien antraten. Sogar in diesen kleinen Gruppen herrschte keine innere Disziplin, so daß es für die Regierung einfach war, die Stimmen dieser förmlich auf dem Ticket der Opposition gewählten Parlamentarier zu kaufen.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> John Crabtree, *The 1995 Elections in Peru: End for the Party System?*, Occasional Paper Nr. 12, ILAS, London, 1995.

<sup>21</sup> Nach den jüngsten Wahlen kam es zu einem gewaltigen Skandal, als sichtbar wurde, wie die Regierung versucht hatte, Abgeordnete der Opposition zu bestechen, damit sie ins

#### 4. Die Grenzen des Autoritarismus

In der bisherigen Analyse betonte ich die Doppelnatur des Fujimori-Regimes, d.h. die Mischung aus demokratischen Formen und einer weniger demokratischen Praxis, wobei die Betonung auf den autoritären Merkmalen lag. Fujimori schaffte es aber nicht, alle politischen Gegner auszuschalten, und es fanden auch Wahlen statt, in denen die Erfolge der Opposition respektiert wurden. Auch die für andere Diktaturen übliche Pressezensur führte Fujimori nicht ein. Die Wahlen im Jahre 2000 waren die ersten, die er vollständig manipulierte. In den 90er Jahren war seine Beliebtheit - die Gründe diskutierte ich oben - noch so stark, daß seine politische Vorherrschaft nicht in Gefahr war. Deswegen konnte sich Fujimori auch demokratische Elemente erlauben, da diese seine Herrschaft nicht grundsätzlich gefährdeten. Aber die Natur solcher hybriden Regime ist derart, daß sie beständig durch innere Widersprüche herausgefordert werden, die sie permanent zum Improvisieren zwingen, um die politische Vorherrschaft zu erhalten. Das wurde besonders in der zweiten Amtsperiode Fujimoris (1995-2000) sichtbar. Neue Schwierigkeiten und eine aktivere innere Opposition drängten Fujimori und dessen inneren Zirkel zu immer verzweifelteren Maßnahmen, um an der Macht zu bleiben.

Obwohl Fujimori seine Kandidatur für die Wahl im Jahre 2000 erst nach richterlicher Entscheidung offiziell bekanntgab, wurde seine Absicht schon recht früh während seiner zweiten Amtszeit klar. Das „Gesetz der authentischen Interpretation“ von 1997 öffnete ihm den legalen Weg für eine dritte Amtszeit, obwohl dies seiner eigenen Verfassung von 1993 widersprach.<sup>22</sup> Die große Zahl der von der Opposition gesammelten Unterschriften für einen Volksentscheid verwies bereits auf eine anwachsende Opposition gegen diesen *Continuismo*, die fortgesetzte Präsidentschaft. Hinzu kam, daß ab 1998 die Unzufriedenheit über den wirtschaftlichen Abwärtstrend und die fortgesetzte hohe Arbeitslosigkeit erheblich stieg. Die wirtschaftliche Gesamtsituation war im Jahre 2000 weitaus schlechter als bei den Wahlen von 1995.<sup>23</sup> Ein anderer Grund für Fujimoris Popularitätsverlust war die weit-

---

Regierungslager überwechseln. Das Auftauchen eines Videos, auf dem Montesinos zu sehen ist, wie er mit einem Kongreßabgeordneten feilscht und ihm persönlich 15.000 Dollar übergibt, veranlaßte Fujimori zur sofortigen Entlassung Montesinos, zur Auflösung des SIN und zur Ankündigung neuer Wahlen, bei denen er nicht mehr kandidieren wird.

<sup>22</sup> Artikel 112 legt fest, daß der Präsident ein drittes Mal kandidieren kann, wenn nach seiner zweiten Wahl fünf Jahre verstrichen sind. Fujimoris Sympathisanten argumentierten nun, daß dies die erste Wiederwahl nach der neuen Verfassung von 1993 wäre und Fujimoris erste Kandidatur im Jahr 1990 noch unter der Verfassung von 1979 stattgefunden habe.

<sup>23</sup> Das BIP stieg 1994 um fast 13%. Perus Wirtschaft wuchs in jenem Jahr weltweit am schnellsten. Das gab dem Präsidenten ein gute Position im Wahlkampf, obwohl diese Steigerungsrate nicht stabil war.

verbreitete Wahrnehmung der autoritären Mittel, zu denen die Regierung immer häufiger griff. Trotz solcher Probleme und gegen den Rat jener, die ihm einen würdevollen Abgang empfahlen, entschied sich Fujimori für eine erneute Kandidatur. Es würde sich bald zeigen, daß dies die Sicht von Vladimiro Montesinos war, dessen Macht und Einfluß nach den Veränderungen in der Militärspitze im Jahre 1999 beträchtlich gewachsen waren. Da es keinen Nachfolger für Fujimori gab, auf den man sich verlassen konnte, daß er einen Schleier über die Ungerechtigkeiten und Verbrechen der Militärs und der öffentlichen Verwaltung legen würde, schien es keine Alternative zu einer dritten Kandidatur Fujimoris zu geben.

Die Mittel, die Fujimori und seine Berater anwandten, um die Wahl im Jahre 2000 zu gewinnen, wurden an anderer Stelle detailliert beschrieben.<sup>24</sup> Es genügt, hier darauf hinzuweisen, daß man große Teile des Staatshaushaltes für den Wahlkampf Fujimoris verwandte und Druck auf die Medien ausübte - sie sollten ihn stets von seiner besten Seite zeigen und dafür über die anderen Kandidaten nicht berichten; daß man die systematische Ermordung wichtiger Opponenten anordnete und der oppositionellen Wahlkampagne Hindernisse in den Weg legte und man schließlich Wahlbeamte bestach, um dubiose Entscheidungen zu legalisieren. 1,5 Millionen Unterschriften wurden z.B. bei der Registrierung der Partei Fujimoris, *Peru 2000*, gefälscht, und in der ersten Runde der Wahlen benutzte man manipulierte Software für die Stimmenauszählung. Die Behörden konnten auch dem Kandidaten der Opposition, Alejandro Toledo, keine Garantien für einen ordnungsgemäßen und fairen zweiten Wahlgang geben, so daß dieser sich schließlich zurückzog. Trotz massiver Proteste wurde Alberto Fujimori am 28. Juli 2000 zum dritten Mal zum Präsidenten ernannt. Am 16. September 2000, nur sechs Wochen nach dieser Wahl, kündigte Fujimori jedoch neue Wahlen an, an denen er sich selbst nicht mehr beteiligen wollte. Zugleich wurde der Geheimdienst SIN geschlossen. Eine Woche später verließ Montesinos das Land.

Zum Zeitpunkt, da dieser Artikel geschrieben wird, ist noch unklar, wie sich die Dinge in dem Andenland entwickeln werden. Wird Peru nun endlich die Schwelle zur Demokratie überschreiten? Fujimoris Ankündigungen überraschten in- und ausländische Beobachter gleichermaßen. Sie deuten auf die Schwächen des Regimes hin, auf die ich oben bereits verwies. Wenn wir zurückblicken, kann man sicherlich zunächst sagen, daß das Regime unter Fujimori weitaus schwächer war, als viele Beobachter annahmen. Seine Beliebtheit hing offensichtlich sehr stark von den Erfolgen seiner Politik ab. Obwohl es die unklare Lage heute schwierig macht, sich bereits ein endgültiges Urteil über das Fujimori-Regime zu bilden, ist es doch mög-

<sup>24</sup> Siehe z.B. Lewis Taylor, *Patterns of electoral corruption in Peru: the April 2000 General Election* (Manuskript). Dazu wurden auch Berichte von internationalen Wahlbeobachtern, wie der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), dem Carter-Center und dem National Democratic Institute, vorgelegt. Nationale Einrichtungen, wie die *Transparencia* oder das *Instituto de Defensa Legal*, waren ebenfalls an der Überwachung der Wahlen beteiligt.

lich, einige der besonderen Schwächen des Regimes aufzulisten, die meines Erachtens direkt mit den oben diskutierten Elementen des Autoritarismus verbunden sind.

Eine erste große Schwäche des Regimes lag in dem starken Vertrauen Fujimoris zu den bewaffneten Kräften, zu den Militärs und zu Montesinos' Geheimdienst SNI. In den ersten Jahren seiner Herrschaft war dies eine wichtige Quelle seiner Macht, besonders in der Auseinandersetzung mit dem *Sendero Luminoso*. Aber der wachsende Einfluß von Montesinos auf das Militär und selbst auf den Präsidenten untergrub letztlich die Legitimation des Regimes. Die Anschuldigungen gegen Montesinos wegen Menschenrechtsverletzungen, der Überwachung von Politikern und Journalisten, wegen Steuerhinterziehung und Drogenschmuggels wurden allmählich zu einem politischen Problem. Dies auch unter dem Aspekt, daß damit zunehmend die Beziehungen zu den USA belastet wurden. Daß Fujimori dann zu einer solch extremen Entscheidung wie der Neuwahl im September 2000 gekommen ist, um Montesinos loszuwerden, zeugt von dessen Macht und Einfluß. Fujimoris Politik gegenüber dem Militär war durch ein Abgehen von den institutionalisierten Wegen und Mechanismen geprägt. Er hatte die Macht in die Hand einer kleinen Clique gelegt und schuf damit eine zunehmende Unzufriedenheit innerhalb der Armee, die auf lange Zeit nicht zu unterdrücken war. Um die politische Situation wieder zu stabilisieren, besonders im Hinblick auf mögliche Wahlen, war es notwendig, entsprechend den früheren Regeln die inneren Entscheidungsprozesse des Militärs, vor allem Beförderungen und Berufungen, wieder zu „re-institutionalisieren“.

Ein zweiter Grund für den Zusammenfall ist in der starken Personalisierung der politischen Macht und der damit verbundenen Zerstörung der Autonomie und Effektivität der Institutionen zu sehen. Fujimori versuchte von Anfang an, sich aller institutionellen Zwänge zu befreien. Das verursachte Probleme, weil damit jene institutionellen Fundamente des Regimes verschwanden, die die Reproduktion des Systems sichern und die auch eine Nachfolgerkrise verhindern. Angesichts der starken Personalisierung der Macht und Fujimoris Zögern, Verantwortung weiterzugeben, weigerte er sich auch, einen Nachfolger zu benennen. Indem er sich unersetzbar machte, war er gezwungen, im Amt zu bleiben. Weiterhin vergrößerte die Schwäche der demokratischen Institutionen die Gefahr eines politischen Machtvakuumms im Falle eines Rücktritts von Fujimori. Zugleich maximierte die fehlende institutionalisierte Verantwortlichkeit die Korruption und bedrohte die Legitimität des Regimes. Durch diese ausgeprägte Personalisierung der Macht wurde der Präsident für alles verantwortlich gemacht auch für jene Dinge, die schiefgingen; und so wirkte sich auch der wirtschaftliche Niedergang negativ auf Fujimoris politische Zukunft aus.

Drittens erzeugt ein solches System mit seinem Populismus und Klientelismus von Natur aus schwache Loyalitäten, wenn wirtschaftliche Begünstigungen oder andere Privilegien wegfallen. In solchen Momenten sinkt die politische Loyalität sehr stark. Fujimoris stetiger Verlust an Anhängern vor der Wahl im Jahre 2000 lag in einem hohen Maße an seiner harten Sparpolitik, die ihm der Internationale Wäh-

rungsfonds in den letzten Jahren seiner zweiten Amtsperiode aufgezwungen hatte. Soziale Vergünstigungen waren im öffentlichen Meinungsbild weitaus wichtiger als die Erfolge bei der makroökonomischen Stabilisierung oder bei der Bekämpfung des *Sendero*. Jedoch könnte es sein, daß Fujimori als ein Präsident im nationalen Gedächtnis, vor allem der ländlichen Bevölkerung, bleiben wird, der mehr als alle seine Vorgänger für die Armen auf dem Lande getan hat. Wir haben das gleiche Phänomen bei Präsident Odría aus dem 50er Jahren, der bis heute als „Freund der städtischen Armut“ in der Erinnerung dieser Menschen weiterlebt.

Viertens hat die systematische Zerstörung politischer Parteien und anderer demokratischer Institutionen einem wilden Gerangel um Gunst und Macht Tür und Tor geöffnet. Obwohl Perus Parteien einen erheblichen Anteil an den Krisen Ende der 80er Jahre hatten, entstand doch durch ihr Fehlen in den 90er Jahren ein politischer Jahrmarkt, auf dem permanent politische Loyalitäten ge- und verkauft werden konnten. Das Ausmaß, in dem sich personalisierte Parteien ausbreiteten, ließ die institutionelle Zerbrechlichkeit des politischen Systems deutlich werden. Obwohl zu Beginn seiner Amtszeit eher Produkt als Ursache dieses kollabierenden Parteiensystems, trug Fujimoris Politik der Schwächung der politischen Parteien erheblich zu dieser komplizierten Situation bei. Es braucht wahrscheinlich viele Jahre, ehe sich starke politische Parteien in Peru wieder etablieren können. In der Zwischenzeit wird die Politik in Peru wahrscheinlich von kurzlebigen, lose strukturierten und personalistisch ausgerichteten Gruppen mit diffusen Ideologien bestimmt werden. Ohne effektive Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft wird es jedoch schwer möglich sein, starke demokratische Institutionen langfristig aufzubauen.

## 5. Schlußbemerkungen

Peru ist sicherlich ein extremes Beispiel für jene hybriden Demokratien, die wir in den 90er Jahren überall in Süd- und Mittelamerika finden konnten. Fujimoris Regime war gewiß autoritärer und weniger respektvoll gegenüber demokratischen Institutionen, als dies in anderen Ländern der Region der Fall war. Vor allem war hier die Beziehung zwischen den zivilen und militärischen Machthabern sehr eng. Die Charakteristika des peruanischen Falls rühren sowohl aus einer langen autoritären Tradition als auch aus den schweren sozialen und politischen Krisen Ende der 80er Jahre. Dabei zeigten sich auch die Mängel und Schwächen der politischen Elite und der vorhandenen demokratischen Institutionen. Der *Fujimorismo* trat zu einer Zeit auf die politische Bühne, als sich die öffentliche Meinung eine starke Regierung wünschte, gleich welche negativen Konsequenzen dies für die Demokratie haben könnte. Das machte es für Fujimori leichter, Legitimität auf Kosten der demokratischen Institutionen zu bekommen. Der *Autogolpe* von 1992 war dramatischer Beleg hierfür. Fujimori versuchte danach, seine Macht zu sichern, indem er dieses vorhandene Mißtrauen in demokratische Institutionen ausnutzte. Aber der Versuch, ein politisches Regime aufzubauen, ohne daß es gelingt, dieses zu institutionalisieren, ist

einfach zum Scheitern verurteilt. Im Gegensatz zu anderen autoritären Führern war Fujimori nicht daran interessiert, die Unterstützung für ihn zu strukturieren, indem er zum Beispiel eine eigene Partei gründete. Die Umstände, die den *Fujimorismo* zum Aufschwung verhalfen, waren in vieler Hinsicht außergewöhnlich. Trotz der Erfahrungen der Bevölkerung mit Hyperinflation und politischer Gewalt, die sicherlich die peruanische Politik der 90er Jahre lange überschatteten, war mit dem Aufkommen neuer Probleme die Zeit von Alberto Fujimori abgelaufen. Sein Stern am politischen Himmel Perus begann zu sinken. Die Spannung zwischen autoritären und demokratischen Elementen, die solch einem Regimetyp eigen ist, konnte auch in diesem System niemals völlig aufgelöst werden. Als dann die Fujimori legitimierenden Krisen aus dem Bewußtsein der Massen allmählich verschwanden, mußte man sich mehr und mehr der offenen Manipulation bedienen, um das Regime aufrechtzuerhalten. Aber dieser Prozeß hat, wie wir sehen konnten, seine eigenen delegitimierenden Effekte, die schnell zu politischen Krisen führen können, von denen sich das Regime schwer erholt.

Auch wenn die jetzige Transition zu Wahlen<sup>25</sup> und dann zu einer weniger manipulierenden Regierung führen kann, die der Bildung demokratische Institutionen positiver gegenübersteht, so wird dieser Prozeß doch noch viele Jahre dauern. In der Zwischenzeit aber werden Regierende immer wieder versucht sein, eigenmächtig in zentralistischer oder gar autoritäre Art und Weise das Andenland zu regieren. Es ist zu hoffen, daß einige der Lehren aus der Fujimori-Zeit in Peru gezogen werden, und dies sowohl von der Regierung als auch von der Opposition.

(Der Beitrag wurde Anfang Dezember 2000 abgeschlossen.)

---

<sup>25</sup> Regierung und Opposition kamen überein, am 8. April 2001 Neuwahlen durchzuführen. Der neue Präsident soll danach sein Amt am 28. Juli 2001 antreten, d.h. genau ein Jahr nach dem Beginn der dritten Amtsperiode von Fujimori. Am 19.11.2000 trat Präsident Fujimori offiziell zurück.

# Ost- und Südostasien

